

Scholz Kampf gegen die Gemeinnützigkeit



Foto: SPD

Das ist **Olaf Scholz**, 61 Jahre alt, Jurist, seit März 2018 Vizekanzler und Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland. Davor war er Innensenator von Hamburg (2001), Generalsekretär seiner Partei (2002-2004), Bundesminister für Arbeit und Soziales (2007-2009) und von 2011 bis 2018 Erster Bürgermeister von Hamburg. Seine Chancen stehen gut, dass er am 29. November das Mitgliedervotum der SPD gewinnt und am 6. Dezember neuer Vorsitzender der ältesten deutschen Partei wird (derzeit 14 bzw. 15 Prozent in den Umfragen).

Scholz Partei hat sich das Thema „**Gerechtigkeit**“ auf die Fahnen geschrieben. **Ist es gerecht, wenn jemand, der der AfD, die Mitglieder in ihren Reihen hat, die man Faschisten nennen darf, Geld spendet und davon die Hälfte von seiner Steuerschuld abziehen darf, während eine Spende an einen Verband der Antifaschisten bei der Steuererklärung unberücksichtigt bleibt?** Zwar gelten Parteien im Steuerrecht nicht als gemeinnützig, sie genießen aber das Privileg, dass ihre Spender die Beträge steuerlich absetzen können.

„Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA e. V.) ist ein 1947 gegründeter Verband mit Sitz in Berlin. Die VVN-BdA, ursprünglich VVN, ging aus Zusammenschlüssen von Widerstandskämpfern und NS-Verfolgten hervor, die nach der Befreiung vom Nationalsozialismus entstanden waren.“ *Wikipedia*

„Attac, Campact, nun die Vereinigung der Nazi-Verfolgten: Immer mehr politisch aktiven Vereinen wird die Gemeinnützigkeit entzogen. Zudem plant der Finanzminister offenbar weitere Verschärfungen für solche Gruppierungen.“, meldet tagesschau.de.

Die Begründung basiert darauf, „dass der Verein in den Verfassungsschutzberichten Bayerns seit Jahren als linksextreme Gruppierung geführt wird.“ Bayern? Dort gilt doch noch der alte Spruch: „Ein kluges Wort, und schon ist man Kommunist!“ Der Eintrag in Bayern reicht aus, um der VVN die Gemeinnützigkeit zu entziehen.

„Der Verein beklagt, dass das Berliner Finanzamt die Lage anders als das Finanzamt Oberhausen-Süd einschätze. Dieses habe der VVN Nordrhein-Westfalen die Gemeinnützigkeit gewährt, obwohl in beiden Fällen derselbe Vorwurf erhoben worden sei, hieß es vom Verein weiter. Demnach wird die VVN-Landesvereinigung Bayern im dortigen Verfassungsschutzbericht als linksextremistisch beeinflusst dargestellt. Während das Finanzamt in Oberhausen der Widerrede dagegen gefolgt sei, beharre das Berliner Finanzamt darauf, dass ein voller Beweis des Gegenteils nicht erbracht worden sei.“ Wie kann man beweisen, keine „linksextreme Gruppierung“ zu sein? Wäre es nicht Beweis genug, wenn man einfach keine Menschen ermordet?

„Mit der Entscheidung kommt auf die Gruppe eine saftige Steuernachzahlung zu. Die Summe im fünfstelligen Bereich könnte die Existenz der Vereinigung gefährden, sagte der Bundesgeschäftsführer Thomas Wilms.“ So kann man unliebsame Gruppen vernichten.

„Der Schritt gegen die Vereinigung sorgt bei anderen Vereinen für Unruhe. Wie der Spiegel berichtet, plant Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) Verschärfungen für politisch aktive Vereine. Er wolle ihnen Steuervergünstigungen streichen, wenn sie sich allzu sehr in die Tagespolitik einmischen. Dem Bericht zufolge sieht Scholz dazu im Rahmen der Reform des Gemeinnützigkeitsrechts eine Ergänzung der Abgabenordnung vor. Danach sollen Vereine zwar weiter steuerlich begünstigt werden sollen, wenn sie sich im Rahmen ihres Vereinszwecks politisch äußern - nicht aber, wenn sie sich in die politische Willensbildung einmischen.“ (*tagesschau.de*)

Noch einmal: Für Parteien, deren Geschäfts es ist, sich in die „politische Willensbildung“ einzumischen, gilt die Absetzbarkeit von Spenden, für zivilgesellschaftliche Gruppen nicht. „Der Grünenpolitiker und ehemalige Finanzchef des globalisierungskritischen Netzwerks Attac, Sven Giegold, kritisierte die geplante Änderung. ‚Ein Karnevalsverein, der sich gegen einen Naziaufmarsch engagiert, würde demnach absurderweise seine Steuerbegünstigung aufs Spiel setzen‘, sagte er dem Spiegel.“

Gerade in diesen Zeiten benötigen wir gesellschaftspolitisch aktive Gruppen, die klare Positionen vertreten, mehr denn je. Diese Vereine leben von Mit-

gliedsbeiträgen und Spenden und sind von der Körperschaftsteuer befreit. Fallen diese Privilegien, die ein demokratischer Staat in eigenem Interesse gewähren sollte, weg, ist ihre Existenz gefährdet. Dazu die Landesparteiheads der Grünen, **Werner Graf** und **Nina Stahr**: „Es ist absurd, dass einem Verein in Berlin die Gemeinnützigkeit aberkannt wird, nur weil eine nachgeordnete bayrische Behörde die Gemeinnützigkeit in Frage stellt.“ „Der Kampf gegen den Faschismus sei ein Kampf für das Gemeinwohl und für unsere Demokratie.“ tagesschau.de

Das Vorgehen gegen kritische Vereine wird durch den Bundesfinanzhof gedeckt. Bei der Aberkennung der Gemeinnützigkeit von „Attac“ im Frühjahr 2019, argumentierte das oberste Gericht, „Attac versuche mit seinen Kampagnen die politische Meinung zu beeinflussen.“ Ja, was denn sonst? Wird es neuerdings sanktioniert, eine eigene Meinung zu haben? Jeder, der seine Ansichten, in welcher Form auch immer verbreitet, versucht die politische Meinung zu beeinflussen.

Was ist beispielsweise mit dem Abmahnverein „**Deutsche Umwelthilfe e.V.**“? Dieser gemeinnützige Verein ergreift alle nur denkbaren Mittel, um die politische Meinung zu beeinflussen. Bei „openPetition.de“ heißt es: „Die Deutsche Umwelthilfe missbraucht den Status der Gemeinnützigkeit zu wirtschaftlichen Zwecken und schädigt die Allgemeinheit durch Vorsatz. Aus diesem Grund ist der DUH der Status der Gemeinnützigkeit zu entziehen. Gleichzeitig ist die finanzielle Förderung der DUH aus Steuermitteln zu beenden. Nachweislich sind die Messwerte falsch und die DUH schädigt den Endverbraucher durch Urteile, die durch falsche Fakten begründet werden.“

Für den BFH bedeutet das Urteil gegen „Attac“ übrigens nicht, „dass gemeinnützige Organisationen - etwa Umweltverbände - überhaupt nicht politisch aktiv sein dürfen. Im Vordergrund müsse aber der gemeinnützige Zweck stehen, nicht politische Kampagnen.“ Wo ist der Unterschied zwischen politisch aktiv und politischer Kampagne? Die „Deutsche Umwelthilfe“ verklagt reihenweise Städte und Kommunen. Ist das politisch aktiv oder schon eine Kampagne?

Werfen wir einen weiteren Blick auf die Begründung des Bundesfinanzhofes im Falle „Attac“. „Die unter Volksbildung zu fassende politische Bildungsarbeit gelte zwar als gemeinnützig, nicht aber der Einsatz für allgemeinpolitische Forderungen zur Tagespolitik und dazu durchgeführte Kampagnen.“ „Die Volksbildung, so das Gericht, müsse eigenständig und in ‚geistiger Offenheit‘ betrieben werden. Das sei bei Attac nicht der Fall. Der Trägerverein habe ganz konkrete Lösungsvorschläge zu bestimmten allgemein-

politischen Themen durchsetzen wollen, etwa zum Sparpaket der Bundesregierung, der Bekämpfung der Steuerflucht oder zum bedingungslosen Grundeinkommen.“ Die Begründung ist armselig und undemokratisch. Wenn die Politik keine Lösungen bietet, muss halt die Zivilgesellschaft ran.

Was würde **Heiner Geißler** (1930-2017), der 2007 „Attac“ beitrug, dazu heute sagen. Damals sagte er: „Ich trete bei Attac ein, weil ich das Recht auf gewaltfreie Demonstration, für das Attac eintritt, nachdrücklich unterstütze.“ „Auch inhaltlich unterstütze er die Anliegen des globalisierungskritischen Netzwerkes. Attac trete für eine soziale und ökologische Globalisierung ein.“ „Und genau das, die humane Gestaltung der Globalisierung, ist aus meiner Sicht eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit - wenn nicht sogar die wichtigste Aufgabe.“ *Quelle: attac*

Das galt 2007 und gilt noch heute. Vor allem gilt aber heute, sich gegen die Erstarkung faschistischen Gedankengutes einzusetzen. In dieser Zeit einem Verband wie der VVN den Boden unter den Füßen wegzuziehen, ist kontraproduktiv. Eines der bekanntesten VVN-Mitglieder, der Widerstandskämpfer **Wolfgang Szepansky** (1910-2008, 1996 mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt) würde die Welt nicht mehr verstehen.

Anders als bei der VVN oder „Attac“ bewertet man in Bayern die Absicht von Finanzminister Scholz, auch **Männervereinen** die Gemeinnützigkeit entziehen zu wollen. „Vereine, die grundsätzlich keine Frauen aufnehmen, sind aus meiner Sicht nicht gemeinnützig. Wer Frauen ausschließt, sollte keine Steuervorteile haben und Spendenquittungen ausstellen.“, sagt Scholz der „Bild am Sonntag.“ Es gebe „deutschlandweit Hunderte Vereine wie Schützengilden oder Sportclubs, die ausschließlich Männer zulassen“, bemängelt Scholz. „Die CSU lehnt die Steuerpläne strikt ab. ‚Vereine steuerlich zu benachteiligen, weil sie sich mit ihrem Angebot nur an Frauen oder nur an Männer wenden, ist grundfalsch‘, sagte Generalsekretär **Markus Blume**.“ „Ich frage mich: Hat Olaf Scholz schon mal etwas gehört von Männergesangsvereinen, dem Katholischen Frauenbund, Burschenvereinen oder Frauenselbsthilfegruppen? Es ist absurd, unsere Vereine nach Genderaspekten in Gut und Schlecht einzuteilen.“ „Wer so Politik mache, ignoriere die kulturelle Vielfalt der Vereine, so Blume weiter.“ *Quelle: tagesschau.de*

Sicherlich kann man über nur Männer oder nur Frauen-Vereine streiten, wo bliebe „d“? Jedoch die Meinungsvielfalt politischer aktiver Vereine steuerrechtlich zu erschweren, ist in einer Demokratie ein No-Go! Jemand mit diesem Gerechtigkeitsverständnis braucht die SPD nicht an ihrer Spitze. **Ed Koch**